



Interviews

Datum: 02. März 2023

Carsten Linnemann, CDU, stellvertretender Parteivorsitzender im Gespräch mit Barbara Schmidt-Mattern

Barbara Schmidt-Mattern: Am Telefon ist jetzt Carsten Linnemann, Vize-Vorsitzender der CDU und Leiter der Programm- und Grundsatzkommission, die derzeit ein neues Grundsatprogramm erarbeitet, und Vize-Fraktionschef im Deutschen Bundestag sind Sie auch noch. – Guten Morgen, Herr Linnemann!

Carsten Linnemann: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern. – Vize-Fraktionschef bin ich nicht, Vize-Parteichef aber.

Schmidt-Mattern: Oh! Pardon! Dann nehme ich das zurück.

Linnemann: Geschenkt! Alles gut. Ich bin da ganz entspannt, nicht, dass die Kollegen ...

Schmidt-Mattern: Was müsste denn von Olaf Scholz heute kommen, damit es wieder aus Ihren Reihen der CDU stehenden Applaus im Plenum gibt?

Linnemann: Ich wäre als Bürger mal dankbar, wenn es Halt und Orientierung gibt. Wir haben eine Inflationsrate von mehr als acht Prozent. Wir haben Fachkräfteprobleme. Unser Industriekern steht unter Druck. Und ja, wir erleben eine tektonische Neuordnung des Machtgefüges weltweit. Die Menschen sind hochgradig verunsichert, lesen jeden Tag in der Zeitung irgendwelche neuen Vorschläge von einem Werbeverbot bis hin zum Verbot von Gas- und Ölheizungen. Ich bekomme Mails, ich bekomme Anrufe und die Menschen haben keine Orientierung durch diese Bundesregierung. Das würde ich mir wünschen, nicht nur als Bundestagsabgeordneter, sondern auch als ganz einfacher Bürger dieses Landes.

Schmidt-Mattern: Zeitenwende umfasst für Sie viel mehr als nur mehr Geld für die Bundeswehr?

Linnemann: Genau! Das ist auch ein Knackpunkt, Frau Schmidt-Mattern. Die Zeitenwende, wenn wir mal zehn Jahre weitergehen, und wir beide werden ja dann hoffentlich noch leben, und wir machen dieses Interview noch mal und wir schauen zurück, dann werden wir nicht nur über die geopolitische und militärische Zäsur reden, sondern wir werden auch darüber reden, warum wir es zugelassen haben, dass wir so lange hohe Inflationsraten haben. Das, was die Zentralbank sagt, dass wir in zwei Jahren oder drei Jahren daraus sind, ist Quatsch. Wir werden uns länger mit diesem Phänomen beschäftigen und sehen, dass gleichzeitig Geld rausgehauen wird, als ob es kein Morgen gibt, und damit die Inflation auch von der Bundesregierung befeuert wird.

Das Thema Fachkräfte – wird nur drüber geredet, aber nicht gehandelt. Was machen wir denn? – Stattdessen wird gesagt, wir brauchen 400.000 Fachkräfte aus Drittländern. Wir haben aber gesehen, vor zwei Jahren kamen 500.000 aus Drittländern, außerhalb der Europäischen Union nach Deutschland, aber nur 40.000 in den Arbeitsmarkt. Offenkundig sind wir interessant fürs Sozialsystem, aber nicht fürs Arbeitsmarktsystem. Wo ist da die Regierung? – Der Industriekern schmilzt. Stickstoff-Unternehmen bauen ab. Es gibt Firmen, Schaeffler hat gestern gesagt, wir investieren in den USA. Siemens, BASF in Asien. Was ist hier los? Wo ist die Orientierung, wo ist der Plan, wo ist das Konzept, wo ist die Vision?

Schmidt-Mattern: Ein großer Strauß an Themen, die Sie jetzt aufmachen. Lassen Sie uns das vielleicht ein bisschen fokussieren. Sie sagen auf der einen Seite, wir müssen die Inflation bekämpfen, oder die Ampel muss die Inflation stärker bekämpfen. Auf der anderen Seite sagen Sie auch, wir brauchen mehr Ausgaben für die Bundeswehr. Wie passt denn das zusammen, einerseits sparen und andererseits mehr Ausgaben?

Linnemann: Frau Schmidt-Mattern, wir haben kein Geldproblem in Deutschland, kein Problem, dass wir zu wenig Kohle haben. Die haben so viele Töpfe, Klimatopf, Deckelung für Gaspreise 200 Milliarden, 130 Milliarden Corona-Paket. Wir haben in Europa noch 800 Milliarden, wovon wir einen nennenswerten Teil übernehmen. Wir haben kein Geldproblem, sondern wir haben ein Problem, mit diesen Mitteln vernünftig umzugehen. Wir haben jetzt ein Jahr diesen Krieg. Wo haben wir eine Veränderung im Beschaffungswesen in Deutschland? Es ist doch ein Witz, dass wir bei der Munition nicht weitergekommen sind. Wir haben, glaube ich, zehn, 11.000 Menschen, Beamte, die in Koblenz arbeiten. Warum können wir das nicht beschleunigen? Wir haben doch jetzt genau diese Krise, wo wir vorangehen müssen und nicht in den Rückspiegel schauen können, sondern wirklich die Dinge auch ändern.

Schmidt-Mattern: Herr Linnemann, lassen Sie uns beim Geld bleiben, weil Sie das Thema ja selber angeschnitten haben. 100 Milliarden Euro, die der Kanzler letztes Jahr für die Bundeswehr angekündigt hat im Zuge einer neuen Sicherheitspolitik. Das ist ja nicht nichts. Christian Lindner mahnt zur Haushaltsdisziplin, der Bundesfinanzminister. Deswegen noch

einmal die Frage an Sie: Wenn Sie einerseits mehr Ausgaben für die Bundeswehr mit unterstützen und andererseits die Partei der schwarzen Null bleiben wollen, für die Sie sich einmal gerühmt haben, wo soll dann gespart und abgezweigt werden? Bitte etwas konkreter.

Linnemann: Ja, gerne! Erstens unterstütze ich Herrn Lindner ausdrücklich. Wir haben allein in den letzten zwei Jahren durch die Zinsveränderung in diesem Land und in Europa unsere Zinsausgaben verzehnfacht von vier auf 40 Milliarden. Das Ding geht weiter nach oben. Die Zentralbank wird wahrscheinlich in diesem Monat weiter die Zinsen erhöhen Richtung 3,5, vielleicht sogar noch mehr. Das heißt, hier gibt es wirklich ein Problem. Unterstützung von mir ausdrücklich für Christian Lindner.

Die andere Frage von Ihnen ist berechtigt und die Frage ist, wo setzen wir in Zukunft Prioritäten. Wenn wir mehr Geld-Budgets, mehr Zeit-Budgets in diese neue Sicherheitsfrage stecken, als wir stecken würden, wenn es sie nicht gäbe, müssen wir an anderer Stelle neue Prioritäten setzen. Das heißt, offenkundig können wir uns in Zukunft eine Gießkannen-Politik, dass beispielsweise wir eine Mütterrente versprechen im Wahlkampf oder eine Rente mit 63, nicht mehr erlauben, sondern wir müssen zielgerichtet Sozialpolitik machen. Meine Prognose: Wir werden dann sogar noch mehr diejenigen unterstützen, die es wirklich brauchen. Ein Vorschlag wäre zum Beispiel eine Sozialstaatsquote von 30 Prozent zum BIP. Dann haben wir eine Bindung und gehen vernünftig mit den Geldern um.

Auf der anderen Seite – auch ein weiterer Vorschlag: Wenn wir beide uns in fünf Jahren wiedersehen, dann werden wir sagen, der größte Fehler war, dass wir höher, schneller, weiter weitergemacht haben, dass wir nicht gezielt jetzt in der Ukraine-Krise die Menschen entlastet haben. Sie und ich brauchen vielleicht kein Neun-Euro-Ticket, ich schon gar nicht. Bei Ihnen weiß ich es nicht, was Sie verdienen, aber ich weiß, dass es sehr viele Menschen gibt, die sehr viel Geld verdienen, die keine Gaspreisbremse privat brauchen, keine 300-Euro-Pauschale etc. Da muss der Staat unterscheiden. Sie können ja auch mal ganz trivial eine Debatte darüber führen, dass man sagt, derjenige, der ein zu versteuerndes Einkommen von 100.000 Euro hat bei einer Doppelveranlagung von 200.000, der wird nicht entlastet. Was glauben Sie, was das für ein Zusammenhaltssignal für diese Gesellschaft wäre. Diese Gießkannen-Politik wäre für mich der zweite Punkt, der abgestellt werden muss.

Schmidt-Mattern: Der Punkt ist angekommen. – Lassen Sie uns noch auf eine andere Kritik, die Sie angesprochen haben, zu sprechen kommen, nämlich, dass das Beschaffungswesen für die Bundeswehr zu lange dauert. Nun haben wir eine Steigerung der Verteidigungsausgaben. Der Kanzler hat vor einem Jahr gesagt, wir werden über das Zwei-Prozent-Ziel hinausgehen. Das haben fünf Verteidigungsministerinnen und Minister der CDU und CSU in 16 Jahren nicht geschafft. Ist Ihre Kritik da nicht etwas wohlfeil?

Linnemann: Was heißt wohlfeil? Es ist offenkundig so, dass wir auch in der Vergangenheit zu wenig investiert haben, dass wir auch in der Vergangenheit zu wenig die Genehmigungsverfahren beschleunigt haben. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und die SPD hat ja immer gebremst, gerade bei den Verteidigungsausgaben, ein Paradebeispiel für die große Bremse der SPD. Mache ich nicht! Nee, Frau Schmidt-Mattern! Ja! Aber ich glaube, wenn jetzt bei einer Zeitenwende nicht der letzte begriffen hat, wo in Zukunft die Prioritäten zu stehen haben, dass wir wirklich jetzt da rauskommen aus Bürokratie, aus Reglementierung und sagen, komm, wir müssen schneller werden, der ist mindestens naiv. Wenn nicht, hat er nicht alle Tassen im Schrank.

Schmidt-Mattern: Ihr Parteichef Friedrich Merz wirft dem Kanzler auch eine zaudernde und zögerliche Politik vor. Nun ist Russland Atommacht und droht auch mit nuklearen Schlägen im Zuge des Ukraine-Krieges. Ist da nicht ein behutsames Vorgehen angebracht durch die Bundesregierung?

Linnemann: Natürlich ist Behutsamkeit angebracht.

Schmidt-Mattern: Dann widersprechen Sie Friedrich Merz doch.

Linnemann: Dann sollte er zumindest seine Position erklären. Wir sollten uns jetzt nur keine Angstszenerien machen mit Nuklearmächten. Die Amerikaner als Nuklearmacht haben auch in Vietnam einen Krieg verloren. Da muss man immer vorsichtig sein mit solchen wortgewaltigen Ausdrücken.

Was mir nur auffällt ist, dass der Bundeskanzler jetzt in die Vereinigten Staaten fliegt, ganz alleine, so wie ich höre, mit keinem Stab. Er trifft sich mit Biden und das, was ich höre, ist, dass es noch nicht mal eine Pressekonferenz gibt. Das ist für mich ein klares Indiz dafür, dass es Verstimmungen gibt und dass die Amerikaner auch von uns enttäuscht sind, dass wir nicht klarer und deutlicher unsere Unterstützung ausdrücken. Man hatte ja viele Chancen. Auch bei der Feier des Elysee-Vertrages hätte man mit Frankreich mal einen Schritt vorangehen können. Da gibt es eine ausdrückliche Unterstützung von Friedrich Merz. In der Ukraine wird unsere Freiheit verteidigt. So ist es und deswegen müssen wir uns da einsetzen, dass wir da schneller werden in der Unterstützung.

Schmidt-Mattern: Zugleich fordern Sie als Opposition immer wieder, Olaf Scholz solle stärker führen, auch innerhalb der Europäischen Union. Nun macht sich der Kanzler auf den Weg nach Washington. Reden ist wohl immer gut in diesen Zeiten. Und trotzdem sind Sie unzufrieden?

Linnemann: Ja, ich bin unzufrieden, weil ich der Meinung bin – in Washington - das habe ich Ihnen gerade erzählt -, ich habe das Gefühl, dass es da doch stärkere Verstimmungen gibt als angenommen. Sonst würde man eine Pressekonferenz geben. Aber was mich einfach ärgert – und das war in der Vergangenheit nicht so, Frau Schmidt-Mattern -, diese Streitereien nach draußen. Ich bekomme hier wirklich Mails von verunsicherten Bürgern, die sagen, jetzt wollen die uns auch noch die Gas- und Ölheizungen verbieten. Dann melden sich bei mir Handwerker, die sagen, ich habe die Handwerker nicht mehr. Andere sagen, es gibt gar nicht diese Wärmepumpen. Die Hersteller sagen, bis zu zwölf Monate dauert es, bis die da sind. Der Wärmepumpenverband spricht von 18 Monaten. Dann höre ich von Leuten, die Gas-Etagenheizungen haben - ich meine, das sind acht Millionen -, dass es für die keine Lösung gibt, weder Fernwärme noch andere, Wasserstofflösung oder was auch immer. Dann gibt es ein Werbeverbot für Süßigkeiten. Jedes Mal kommt die FDP als Korrektiv und sagt, das geht so nicht. Da frage ich mich, können die sich nicht einfach mal vorher abstimmen, bevor man rausgeht? Sie verunsichern in so einer Zeit wie heute die Bevölkerung ohne Ende und das kann ich nicht nur als MdB wollen, sondern auch als Abgeordneter kann ich es nicht wollen.

Schmidt-Mattern: Da würde ich gerne noch mal nachhaken, weil Sie von verunsicherten Bürgern sprechen. Viele sind auch deshalb verunsichert, weil inzwischen debattiert wird, ob wir Kampfjets an die Ukraine liefern sollen. Stimmen Sie dazu? Sagen Sie, das müssen wir tun?

Linnemann: Nein! Ich würde jetzt nicht die eine Debatte vom Zaun brechen. Es ist schon richtig, dass wir uns international abstimmen. Nur das Problem ist, dass die Abstimmung im Moment nicht funktioniert, dass selbst das, was vereinbart wurde, oder das, was man machen will, nicht funktioniert. Deswegen würde ich nicht da über andere Szenarien sprechen, sondern wirklich das jetzt leisten. Es beginnt ja schon bei einer ganz normalen Munitionslieferung, die nicht mehr so funktioniert wie gedacht. Deshalb muss da jetzt der Schwerpunkt liegen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.